

## **Die Sozialistische Internationale und globale Demokratie**

Die in Frankfurt a.M. gegründete Sozialistische Internationale (SI) beging im Juni 2001 in Lissabon im Rahmen einer ihrer Ratstagungen (Council Meeting) ihren 50. Jahrestag. Im Vorwort zum Beiheft der aus diesem Anlass präsentierten Ausstellung „50 Jahre Sozialistische Internationale. Für Soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität in Frieden und Freiheit“ schreibt ihr Vorsitzender, der damalige Ministerpräsident von Portugal, Antonio Guterres: „Im Verlauf von fünf Jahrzehnten hat die Sozialistische Internationale sich darum bemüht, zur Förderung der Demokratie in der Welt beizutragen und die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Verletzung von Menschenrechten zu lenken [...]“ Er führt weiter fort:

*„Die Sozialistische Internationale hat eine globale Agenda für Reformen: Sie richtet sich auf eine in ihren politischen Strukturen mehr multipolare und ausgeglichene Welt sowie eine regulierte Globalisierung, die die Entfaltung der Wirtschaft, der Produktivität und des Weltmarktes gestattet, aber im Rahmen von Gerechtigkeit, ohne Globalisierung der Armut und Vertiefung der Zweiteilung zwischen den erfolgreichen und den von den Segnungen des Fortschritts ausgeschlossenen Personen, Regionen oder Ländern. Auf der anderen Seite ist die Stärkung der Rolle internationaler und regionaler Institutionen notwendig, um eine unkontrollierte und wilde Globalisierung zu vermeiden [...]“ (Guterres 2001).*

Geschichte, gegenwärtige Situation und perspektivische Möglichkeiten der SI sollen unter dieser programmatischen Vorgabe dargestellt und bewertet werden: dem Verhältnis zwischen Demokratie, Menschenrechte als ihre Voraussetzung implizierend, und Globalisierung. Dabei ist von vornherein festzuhalten, dass es Aufgabe einer Gemeinschaft demokratischer

Christoph Zöpel \*

## **Die Sozialistische Internationale und globale Demokratie**

Parteien ist, dieses Verhältnis in der globalgesellschaftlichen Wirklichkeit praktisch zu gestalten, nicht nur oder vorrangig theoretisch zu erfassen und dann zu bewerten. Es macht allerdings Sinn, den wissenschaftlich-theoretischen Kontext dieser praktischen politischen Aufgabe zu kennen. Dabei zeigt sich, dass anwendbare politikwissenschaftliche Erkenntnisse für das Wirken von demokratischen Parteien bzw. Parteiengemeinschaften auf der globalen Ebene bislang nur ansatzweise, mit begrenztem Wirklichkeitsbezug wie mit begrenzter allgemeiner – also wirklich globaler und nicht nur europäischer bzw. „westlicher“ – Geltung, wissenschaftlich erarbeitet sind.

### **Globale Demokratie - Aspekte der politikwissenschaftlichen Diskussion**

Generell nimmt in der wissenschaftlichen wie in der politischen Diskussion der handlungsorientierte Konsens über Begriffe im Kontext von Globalisierung zu. Diesem durchaus entsprechend definiert die SI in ihrem programmatischen Report „Governance in a Global Society“ (Socialist International 2003) Globalisierung als „Integration des Güter- und Finanzverkehrs wie der kulturellen Kontakte und der Information in globalem Maßstab.“ Der begrifflichen Verständigung über den historischen Prozess der Globalisierung (Osterhammel/Petersson 2003) folgt der Konsens über die Notwendigkeit, ihn verantwortlich zu steuern. Global Governance ist dafür die konzeptionelle Orientierung. Dass Global Governance globale Politik bedeutet, ist offenkundig – partiell wird Governance auch mit Politik übersetzt. Dieser Konsens erstreckt sich besonders im europäischen Diskurs auch auf das Postulat, dass Global Governance demokratisch sein sollte. „Im Unterschied zu früheren Globalisierungswellen verläuft die gegenwärtige unter dem Vorzeichen von Demokratie und Demokratisierung“, konstatiert Klaus Müller (Müller 2002). Was aber „demokratisch“ auf globaler Ebene bedeutet, darüber gibt es in den letzten fünf Jahren eine intensive und widersprüchliche wissenschaftliche Diskussion.

\* MdB, Vorsitzender des SI-Komitees für Wirtschaft, Sozialen Zusammenhalt und Umwelt

Sie beginnt, vor allem seit dem Bericht der Cardoso-Kommission, Eingang in die politischen Systeme auf globaler wie einzelstaatlicher Ebene zu finden. Kritischer Kernpunkt ist dabei die Frage der demokratischen Legitimierung globaler Politik. „Die Demokratietheorie liefert keine direkte Antwort auf das Problem, wie sich demokratische Politik unter globalen Bedingungen gestaltet“ (Müller 2002). Die politikwissenschaftliche wie auch die öffentliche Debatte sind stark bestimmt von Begriffen wie „Ende des Nationalstaates“, „Vorrang der Zivilgesellschaft“, „Ökonomisierung der politischen Prozesse“. Die folgenden Beispiele für diese Debatte lassen sich vermehren und austauschen. Sie geben aber eine lange vorherrschende Tendenz wieder. So schrieben Claus Leggewie und Richard Münch: Politik im 21. Jahrhundert werde mehr als je zuvor oberhalb, zwischen und unterhalb ihrer etablierten Form in den Nationalstaaten und zwischen den lokalen, subnationalen, nationalen, transnationalen und supranationalen Ebenen, also in einem Mehrebenensystem stattfinden. Dabei schäle sich die Meinung heraus, dass sich „Politik in diesem Mehrebenensystem nicht in die herkömmlichen Formen nationalstaatlicher Repräsentationsdemokratie gießen lassen wird.“ (Leggewie/Münch 2001).

Andere Formen der Demokratie werden „postparlamentarisch“ sein, meint Arthur Benz. Generell, also auch innerstaatlich, werde die Gesetzgebung, eine der entscheidenden Parlamentsfunktionen, mehr und mehr Gegenstand von Kooperation und Verhandlung. Dabei werden im Rahmen kooperativer Staatstätigkeit Regeln ausgehandelt, die Gesetze ersetzen. „Unabdingbar ist die Form der kooperativen Rechtssetzung bei Problemen, welche die Grenzen des Nationalstaates überschreiten. Absprachen zwischen Regierungen von Nationalstaaten werden außerhalb der parlamentarischen Arena getroffen. Das Parlament erleidet hier einen effektiven Machtverlust.“ (Benz 2001).

Benz sieht zwei Auswege. Zum einen gäbe es die klare Verteilung von Zuständigkeiten zwischen den Ebenen des Staates. Dazu gehörte dann die Einrichtung von Parlamenten auf regionaler - Beispiel Europäische Union - und globaler Ebene. So wird es von David Held in „Democracy and the Global Order“ (Held 1995) postuliert. Benz glaubt, dass durch die Idee eines globalen Staates „die Interdependenzen zwischen öffentlichen und privaten, zwischen territorialen und funktionalen, zwischen globalen, nationalen und lokalen Aufgaben nicht bewältigt werden können.“ Deshalb sucht auch Benz nach „Formen demokratischer Politik [...], die nicht auf Parlamente angewiesen sind.“ Dafür wählt er den Begriff „postparlamentarische Demokratie.“ (Benz 2001).

Es sei erlaubt, bei diesem Begriff Assoziationen an die „außerparlamentarische Opposition“ der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts aufkommen zu lassen. Der diskursive Kontext zu Beginn des neuen Jahrtausends erlaubt vielleicht auch den Eindruck: damals war es Antiparlamentarismus von unten, heute Antiparlamentarismus von oben, mit elitärer Tendenz.

Dieser Assoziation lässt sich mit Benz selbst entgegenhalten, dass postparlamentarische Demokratie vor allem auf die Wirkung sachlicher Argumente in der Öffentlichkeit setzt, auf das diskursive und deliberative Engagement problemorientierter Gruppen. Und diese Öffentlichkeit sei grenzüberschreitend und deshalb für die Demokratisierung von Global Governance bedeutungsvoll.

Auf globaler Ebene verdichten sich diese Ansätze so auch zu einem Konzept von Governance-Prozessen mit inklusiven verhandlungstheoretischen Organen und Verfahren. In der Akkreditierung von NGOs bei den Vereinten Nationen ist dieses Konzept angewendet und institutionalisiert. Damit haben die Vereinten Nationen, und die Regierungen, die sie bilden, einen Ausweg aus dem Dilemma fehlender demokratischer Kontrolle gefunden. In der Politikwissenschaft wird das einerseits durchaus affirmativ dargestellt. So konstatiert Barbara Holland-Cunz, dass die politikwissenschaftliche Trennlinie zwischen den politologischen Teildisziplinen Politische Theorie und Internationale Beziehungen zusammenfinden kann in den Verhandlungsdemokratie- und den Governance-Konzepten. Das Konzept: staatliche und überstaatliche Administrationen; die Governance trifft globale Zivilgesellschaft, die (ver-) handeln darf.

*„Die Integration der Zivilgesellschaft in die Entscheidungsfindungen des [...] politischen Systems und die [...] Legitimation für die gefundenen Lösungen sind in Zeiten der Politik- und Parteienverdrossenheit hoch zu schätzende politische Werte.“* Gleichzeitig aber tauchen demokratietheoretische Zweifel auf, neuralgische Punkte, wenn *„die Ebene der idealtypischen Unterstellungen verlassen wird. [...] Welche Akteure werden durch wen bestellt? Wie verarbeitet das Institutionensystem Alltags- und Gegenexpertise? Wie kann sich die Zivilgesellschaft vor herrschaftlicher Integration schützen?“* (Holland-Cunz 2001)

So lauten nur einige Fragen, die auf geregelte und wahllegitimierte demokratische Verfahren zurückweisen. Es gibt andererseits in der wissenschaftlichen Diskussion auch Vorschläge zu repräsentativ-föderalen demokratischen Strukturen auf globaler Ebene. Aus

Deutschland ist dazu vor allem Otfried Höffe zu nennen. Höffe spricht von einer Weltrepublik.

*„Ihr höchstes Organ, der Weltgesetzgeber als Weltparlament [...], muss aus zwei Kammern bestehen, aus einem Welttag als der Bürgerkammer (in ihr sind transnationale Parteien oder aber transnationale Kooperationen nationaler Parteien, aber eventuell auch Nichtregierungsorganisationen vertreten) und aus einem Weltrat als der Staatenkammer. [...] Der Weltstaat, der der Menschheit wegen der universalen Rechts- und Demokratiegebote rechtsmoralisch aufgegeben ist, ist als eine subsidiäre und föderale Weltrepublik einzurichten. In ihr sind wir Weltbürger, aber nicht im exklusiven Verständnis. Das Weltbürgerrecht löst nicht das nationale [...] ab, sondern tritt ergänzend hinzu. Außerdem schließt es die großregionalen Zwischeneinheiten ein. Ob man primär Deutscher [...] ist und Europabürger erst danach, werden die Demokratien Europas [...] zu entscheiden haben. Staats- oder Europabürger oder sekundär das andere, folglich in gestufter Reihenfolge beides zusammen, und tertiär ist man Weltbürger: Bürger der subsidiären und föderalen Weltrepublik“ (Höffe 1999).*

Eine komprimierte Darstellung der sozialtheoretischen Zusammenhänge hat Jürgen Habermas in seinem Beitrag „Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?“ geleistet. Ihn bewegt die Frage, ob das „Kantische Projekt“ staatenübergreifender und friedenssichernder Demokratie angesichts des „gespaltenen Westens“ perspektivisch Bestand hat. In der Antwort entwickelt er die Alternative einer „politisch verfassten Weltgesellschaft“ versus einer „Weltrepublik“. In Anbetracht der postnationalen Konstellation, in der die Nationalstaaten nicht mehr nur in eigener Regie die Grenzen des eigenen Territoriums, die Lebensgrundlagen der eigenen Bevölkerung, die materiellen Bestandsvoraussetzungen der eigenen Gesellschaft sichern können, plädiert Habermas für eine politisch verfasste Weltgesellschaft als ein Mehrebenensystem, auf dem regionale Zusammenschlüsse von Nationalstaaten wie die Europäische Union die mittlere Ebene bilden.

Habermas misst die Kantische Idee der Weltrepublik an den Realitäten zu Beginn des 21. Jahrhunderts und den Positionen der neorealisticen Schule der Außenpolitik, die vor allem die Machtansprüche des Nationalstaates USA stützen. Dieser Wirklichkeitssinn ist geboten (Habermas 2004).

Die politische Praxis der Demokratie auf globaler Ebene ist kaum entwickelt, das Selbstverständnis der Diplomatie und eben auch die realistischen Theorien

der internationalen Beziehungen stehen ihr entgegen oder befördern sie zumindest nicht. Diese Problematik der Theorie der Politik auf internationaler und damit auch auf globaler Ebene bündelt Kurt P. Tudyka (2003) in drei Defizite:

- es wird nicht nach einer demokratischen Legitimation von Weltpolitik gefragt,
- es wird ihre herrschaftliche, private, das heißt kapitalistische, Führung und Strukturierung ausgeblendet,
- es wird Weltpolitik als Prozess von einem Zentrum oder mehreren Polen ausgehend, also quasi als großräumige Außen- und Sicherheitspolitik dargestellt.

Dass dies Tudykas Quintessenz prognostischer Veröffentlichungen ist, die ja im Gegensatz zu historischen anwendungsorientiert sein können, könnte die praktische Aufgabe der Demokratisierung der Globalisierung in den Bereich des Illusionären rücken.

Es stellt sich drastisch die Frage, ob Demokratie auf globaler Ebene tatsächlich funktionieren kann.<sup>1</sup> Erfahrungswirklichkeit ist dabei Demokratie im souveränen Staat. Wohl ausnahmslos gehört zur realen Struktur von Demokratie die Funktionsfähigkeit miteinander konkurrierender demokratischer Parteien. Gerade aber die Parteien sind von dem theoretisch konstatierten Funktionsverlust des Parlaments im Zusammenhang von Globalisierung und Global Governance essentiell betroffen. Spürbare Wirkungslosigkeit parlamentarischer Tätigkeit lässt die Wahlbeteiligung sinken und die Bindungskraft von demokratischen Parteien nimmt ab.

Es stellt sich also für demokratisch-parlamentsorientierte Parteien geradezu notwendig die handlungsorientierte Frage, wie sie die Ausgestaltung von globaler Demokratie beeinflussen wollen und können, und ob sie demokratiestrukturierende Funktionen auch in einem globalen demokratischen System haben.

Die SI hat diese Aufgabe seit 1989 programmatisch formuliert und bei der fortgesetzten Arbeit an entsprechenden Konzepten aktuell den steigenden Nachholbedarf an demokratisch legitimierter globaler Politik erkannt. Das zeigt das Motto ihres XXII. Kongresses in Sao Paulo 2003: The Return of Politics: For Just and Responsible Global Governance - for Globalisation Governed by the People.

Dabei ist die Geschichte der SI seit 1951 Teil des politischen Prozesses der Globalisierung, die seit dem

1 Dazu ein neuer kritischer Überblick bei Beisheim, Marianne/ Nuscheler, Franz: Demokratie und Weltgesellschaft, in: Hauchler, I./ Messner, D./ Nuscheler, F. (Hg.): Globale Trends 2004/2005, Frankfurt/Main 2003, S. 31-48, siehe auch: Müller, a.a.O.

19. Jahrhundert zu den Zielen sozialistischer Parteien gehört, wenn dafür zunächst auch der Begriff Internationalismus stand.

### Die internationalen Gemeinschaften demokratischer Parteien

Die aufgezeigten Defizite der Politikwissenschaften bezüglich globaler Demokratie werden deutlich übertriften durch die auch eingestandenen Defizite bezüglich der Rolle von Parteien auf globaler Ebene. Der direkte Einfluss der Parteien „auf die tatsächliche Gestaltung“ der internationalen Politik wird „gering eingeschätzt – offenbar auch aufgrund des gravierenden Defizits systematischer Forschung in diesem Themenbereich“ konstatiert Reinhold Roth (1994). Er hat wohl Recht, wobei dann immer noch offen bleibt, ob die Wirklichkeit ihrer wissenschaftlichen und publizistischen Erfassung und Bewertung entspricht.

Roth stellt die Entwicklung internationaler Gemeinschaften demokratischer Parteien dar, wobei er sich auf die sozialistischen, die christdemokratisch-konservativen und die liberalen Gemeinschaften beschränkt; eine grün-ökologische, die Global Greens, wurde erst nach Veröffentlichung seines Beitrags im Jahr 2001 gegründet.<sup>2</sup> Es zeigt sich dabei, dass die Rechts-Links Alternative, die für funktionsfähige Demokratiestrukturen konstitutiv ist, gerade auch international organisatorisch und dabei programmatisch fundiert ausgeformt ist (Zöpel 2004).

Denn programmatisch begründet gab es Gemeinschaften der sozialistischen Parteien bereits vor dem 1. Weltkrieg. Ihre Erste Internationale wurde 1864 gegründet, zerfiel jedoch bereits 1870. Es folgte die Zweite Internationale 1889, sie zerbrach mit Ausbruch des 1. Weltkriegs. Danach vollzog sich auch international die Spaltung in demokratische und totalitäre Sozialisten. Lenin gründete 1919 die Dritte Internationale, die demokratische Antwort war 1923 die Sozialistische Arbeiterinternationale, die sich 1940 auflöste. 1951 gab es die SI.<sup>3</sup>

Christdemokratische Parteien fanden sich erst knapp 100 Jahre nach den Sozialisten 1961 in der

Christlich-Demokratischen Weltunion zusammen, die 1982 in Christlich Demokratische Internationale umbenannt wurde. Zusätzlich wurde 1983 die Internationale Demokratische Union (IDU) gegründet. Ihr gehören „over 80 Conservative, Christian Democrat and like-minded political parties of the centre and centre right“<sup>4</sup> aus über 60 Ländern an. Derzeitiger Vorsitzender ist der australische Ministerpräsident John Howard. Wesentliches programmatisches Dokument der Christdemokraten ist das 1977 verabschiedete Politische Manifest, „das auf der Konzeption des christlichen Personalismus und der Partnerschaft basiert, aus der sich die Leitbegriffe Universalismus und Solidarität ableiten...“ (Roth 1994). Die Liberalen sind seit 1947 in der Liberalen Internationale, Liberal International (LI) vereint. Ihr gehören 62 Parteien als Vollmitglieder und 18 mit Beobachter-Status an. Präsidentin ist die ehemalige belgische Ministerin Annemie Neyts-Uyttebroeck.<sup>5</sup> Aktuelles Programm ist der Liberale Appell von 1981. Es basiert „auf den Maximen der persönlichen, geistigen und wirtschaftlichen Freiheit der größtmöglichen Zahl von Menschen, deren Voraussetzungen die Toleranz und eine angemessene Zweck-Mittel-Relation sind (Roth 1994).

Ein Global Green Network (GGN) wurde im April 2001 auf einem Global Green Gathering in der australischen Hauptstadt Canberra gegründet (Rensenbrink 2003). Dieser Gründung waren weltweite Treffen grüner Parteien seit 1990 vorausgegangen. Zum GGN gehören 65 Parteien.<sup>6</sup> Ihre politische Position ist in der in Canberra beschlossenen Charta der Global Greens enthalten; ihre Grundsätze sind: Ökologische Einsicht, Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe am demokratischen Prozess, Gewaltlosigkeit, Nachhaltigkeit und Respekt der Vielfalt.

### Die Geschichte der SI nach dem 2. Weltkrieg – von einer europäischen zu einer globalen Parteiengemeinschaft

Die Neugründung einer demokratischen sozialistischen Parteiengemeinschaft nach Ende des 2. Weltkriegs wurde durch global bedeutsame historische Entwicklungen bestimmt. Verbotene sozialistische Parteien entstanden wieder, wo der Faschismus besiegt war; der Kampf gegen weiter bestehende faschistische Regime wie in Spanien oder Portugal wurde zum Ziel der

2 vgl. <http://www.globalgreens.info/>, 13.05.2004.

3 vgl. zu dieser Entwicklung: Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, 3 Bände, Hannover 1961, 1963, 1971; Haupt, Georges: Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, Neuwied-Berlin 1970; International Association of Labour History Institutions – IALHI (Hg.), Socialist Internationals – A Bibliography. Publications of the Social Democratic and Socialist Internationals 1914-2000, Bonn-Gent 2001; Dowe/Schneider, a.a.O.; Janitschek, a.a.O.; Miller, Susanne: Eine Legende und ihre Wirklichkeit. Die Geschichte der Sozialistischen Internationale, in: Vorwärts vom 11.11.1976.

4 <http://www.idu.org>, 14.05.2004.

5 vgl. <http://www.liberal-international.org>, 31.3.2004.

6 siehe <http://www.globalgreens.info/>, 13.05.2004.

SI. In Osteuropa folgte die erneute Unterdrückung durch die kommunistischen Parteien, die sich in der Kominform international wieder zusammenschlossen; in Gegnerschaft dazu bildeten Sozialdemokratische Exilparteien 1949 die Socialist Union of Central and Eastern Europeans in Exil (SUCEE). 1951 in Frankfurt/Main schlossen sich 34 Parteien zur SI zusammen, die meisten aus Europa. Mit außereuropäischen Parteien waren sie im Kampf gegen den Kolonialismus verbunden, der mit Faschismus und Kommunismus dritten global bedeutsamen nicht demokratischen Herrschaftsform jener Zeit. Die Austragungsorte der folgenden Konferenzen zeigen die Eurozentriertheit: Mailand 1952, Stockholm 1953, London 1955, Wien 1957, Hamburg 1959, Rom 1961, Amsterdam 1963, Brüssel 1964, Stockholm 1966, Eastbourne 1969, Helsinki 1971, Wien 1972, Genf 1976.

Dieser XIII. Kongress 1976 wird als ein Kongress des Durchbruchs zur Internationalisierung eingeordnet. Ihm war im Mai 1976 das sozialdemokratische Parteiführertreffen in Caracas vorausgegangen, das den Möglichkeiten verstärkter SI-Aktivitäten außerhalb Europas diene (FR, 19.6.1976). Willy Brandt wurde zum Vorsitzenden gewählt. Reimund Seidelmann bezeichnet den XIII. Kongress als den Zeitpunkt der Reorganisation und Internationalisierung (Seidelmann 1981). Die Arbeitsschwerpunkte wurden Abrüstung, Nord-Süd-Dialog, Demokratisierung in Lateinamerika sowie Vermittlung in aktuellen Konflikten und Maßnahmen in einzelnen Fällen von Menschenrechtsverletzungen (Vorwärts 11.11.1976).

Diese Schwerpunkte zeigen, dass die SI zu dieser Zeit in beide die Weltordnung wie die Weltpolitik bestimmenden Konflikte, den Ost-West-Konflikt wie in den Nord-Süd-Konflikt involviert war. Dabei kam es bei der SI-Abrüstungskonferenz 1978 in Helsinki zu Kontakten mit der KPdSU einerseits, zu der – von einem Präsidenten aus der Demokratischen Partei geführten – US-Administration andererseits. Diese Kontakte wurden nach 1980 im Verhältnis zur Sowjet-Union fortgesetzt und nach 1985 mit der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär intensiviert, von der nach 1980 republikanischen US-Administration abgeblockt (Seidelmann 1978). Sie beeinflussten dann die Veränderungen in der KPdSU, die zum Ende der kommunistischen Parteien in Europa führten und eine demokratische Linke in den zuvor kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas entstehen ließ (Timmermann 1988).

## Globale Politik in der SI

Aus der Perspektive des Jahres 2004 war die SI spätestens seit 1976 politisch wie organisatorisch globalisie-

rungsorientiert tätig. Der Globalisierungsprozess war aber durch den Ost-West-Konflikt gehemmt und wurde erst mit seinem Ende wieder voll wirksam. Willy Brandt hat den Weg der SI zur programmatischen Befassung mit Globalpolitik geebnet. Meistens kamen Anstöße für inhaltliche Fokussierungen der SI aus den nationalstaatlichen Mitgliedsparteien, in die SI-Repräsentanten eingebunden sind. Die Anstöße Brandts für globalpolitische Orientierung kamen aus seiner Einbindung in globale Institutionen, aus dem Vorsitz in der Nord-Süd-Kommission der Vereinten Nationen. Die Prinzipienklärung der SI, die auf ihrem Stockholmer Kongress 1989 beschlossen wurde (Socialist International 1989), ist von dieser Verbindung geprägt.

Schon ihre Kapitelüberschriften zeigen die auch begrifflich neue Orientierung. „Global Change and Future Perspectives“ ist das Eingangskapitel betitelt. Das Kapitel über North and South hat den Untertitel „Globalisation“ und beginnt:

*„Recent decades have been characterised by an accelerating internationalisation of world affairs, or globalisation. [...] New information technologies disseminate a mass culture to every corner of the world. [...] Globalisation of the international economy has shattered the bipolar division of the world which dominated the era of Cold War.“* (Socialist International 1989).

Auf dem folgenden XIX. Kongress 1992 in Berlin gab Willy Brandt den SI-Vorsitz an den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Pierre Maurois weiter. Die Entschließungen des Kongresses bestätigen die globalpolitische Programmatik der Stockholmer Prinzipienklärung (Socialist International 1992).

Das galt auch für den XX. Kongress in New York 1996 (Socialist International 1996).<sup>7</sup> Dort erhielt der frühere spanische Ministerpräsident Felipe Gonzales den Auftrag, die globalpolitische Programmatik weiterzuentwickeln. Schritte seiner Arbeit waren die Internationale Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998 „Globalisierung gestalten“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 1998) und der Abschlussbericht für den XXI. SI-Kongress 1999 in Paris. Dort wurde mit Antonio Guterres ein neuer Präsident gewählt (Socialist International 1999).

Guterres reorganisierte die Kommissionsarbeit der SI. Eine Kommission wurde thematisch den drei Dimensionen des globalen Nachhaltigkeitskonzepts nachgebildet, das Committee on the Economy, Social Cohesion

<sup>7</sup> Socialist International, XX. Congress of the Socialist International, New York, 9.-11. September 1996, Declaration on the World Economy.

and the Environment. Aus der Arbeit an praktischen Vorschlägen für globale Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik entwickelte die Kommission ein umfassendes Konzept für Global Governance (Socialist International 2003) aus sozialdemokratischer Sicht, das die Problematik der Demokratie auf globaler Ebene, einer demokratischen Global Governance, zu einem seiner drei Hauptpunkte macht.

Seit Ende der 90er Jahre entwickelte die am stärksten integrierte Regionalorganisation der internationalen Sozialdemokratie, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), Konzepte für globale Demokratie in der PSE Group Commission for Global Progress. Die Konferenz „Social Democracy in a Globalised World“ 2002 in Kopenhagen führte zur Initiierung eines Global Progressive Forums<sup>8</sup>. Unter Federführung des früheren dänischen Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen, seit April 2004 Vorsitzender der SPE, folgte der Bericht „Europa und eine neue globale Ordnung“, der im Mai 2003 veröffentlicht wurde (Rasmussen 2003). Rasmussen hat anschließend eine „Gruppe auf hohem Niveau über die Globalisierung“ initiiert, die im Februar 2004 den Bericht „Europa 2004. Die Zukunft verändern“<sup>9</sup> veröffentlicht hat.

### **Governance in a Global Society – The Social Democratic Approach**<sup>10</sup>

Der Report der SI Kommission, auf dem XXII. Kongress in Sao Paulo im Oktober 2003 beschlossen, nimmt zum Ausgang, dass unter den Bedingungen der Globalisierung „democratic governance“, also demokratische Politik, neu entwickelt werden muss. Dabei ist es das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung, ihre historischen Werte - soziale Gerechtigkeit und Demokratie - mit den neuen politischen Herausforderungen, Aufgaben, Prozessen und Instrumenten, die die Globalisierung hervorgebracht hat, zu versöhnen. Dieses sozialdemokratische Konzept von Global Governance, der sozialdemokratische Weg zur Politik in der Weltgesellschaft, steht im Gegensatz zur neoliberalen Marktideologie, zur neokonservativen Agenda und zum Unilateralismus. Die sozialdemokratische Alternative will die Dynamik eines globalen Marktes mit sozialen, ökologischen und demokratischen Werten verbinden. Seine Umsetzung erfordert Bürger, zivilgesellschaftliche

Organisationen, Parteien, Parlamente und Regierungen, die orientiert an demokratischen Werten global handeln.

Die sozialdemokratische Alternative globaler Politik folgt der notwendigen Einsicht, dass der Prozess der Globalisierung für die demokratische Linke eine besondere Herausforderung darstellt. Für mehr als ein Jahrhundert war der demokratische Staat ihr zentrales Instrument für eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft. Dieses Projekt fand seine ausgeprägteste Konkretisierung in den Wohlfahrtsstaaten Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg. Globalisierung gefährdet offenkundig dessen Errungenschaften, weil globale ökologische und soziale Probleme wie die ökonomische Konkurrenz weniger entwickelter Staaten diese europäischen Wohlfahrtsstaaten beeinflussen.

Zur Bewältigung der globalen Herausforderungen der demokratischen Linken wird ein neues Dreieck globalpolitischer Prinzipien formuliert: Nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte und Demokratie. Jedes dieser drei Prinzipien hat drei Dimensionen:

- Nachhaltige Entwicklung umfasst – bewusst in dieser Reihenfolge - gesunde Umwelt, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit.
- Menschenrechte umfassen individuelle Sicherheit, kulturelle Identität und soziale Integration.
- Demokratie umfasst Good Governance, Transparenz und Partizipation.

Diese drei Prinzipien sind die Antworten auf die drei politischen Grundfragen: wer, wie und für wen? Die Antwort auf „wie?“ lautet, globale Entwicklung als Gestaltungsaufgabe von Politik soll nachhaltig sein. Die Antwort auf „für wen?“ lautet „für alle“ und ist die Grundlage universeller Menschenrechtspolitik. Menschenrechte sind dabei ein eigenes universelles Prinzip, gleichzeitig aber auch integrative Voraussetzung des Ziels Demokratie. Die Antwort auf „wer?“ lautet: „Die Zeit ist gekommen, effektivere demokratische Strukturen globaler Politik zu schaffen.“

Diese Antwort zeigt auch die Möglichkeiten der SI als weltweite Parteiengemeinschaft im Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie. Dabei richtet sich ihr Blick als erstes auf Global Governance, die wertorientiert als Good Governance verstanden, effektiv wie rechtsstaatlich und dabei demokratisch sein soll, da sich input- und output Legitimität auch globaler Demokratie nicht trennen lassen.

- Globale nachhaltige Effizienz erfordert vor allem
  - einen UN-Sicherheitsrat für Nachhaltige Entwicklung, in Ergänzung zu einem reformierten Sicherheitsrat, und
  - ein System internationaler Institutionen, das die Weltwirtschaft stabilisiert.

8 Parliamentary Group of the Party of European Socialists/ Party of European Socialists/ Danish Socialdemokratiet: Social Democracy in a Globalised World, Kopenhagen 2002.

9 Party of European Socialists, Politische Erklärung. Gruppe auf hohem Niveau über die Globalisierung: Europa 2004. Die Zukunft verändern, Brüssel 2004.

10 Socialist International (2003), a.a.O.

- Globale Rechtsstaatlichkeit erfordert Institutionen der zwischenstaatlichen Konfliktlösung wie den Internationalen Gerichtshof, den Internationalen Strafgerichtshof oder das Internationale Zentrum der Weltbank für die Streitbeilegung in Investitionsfragen.
- Globale Demokratie verbindet Good Governance mit Transparenz und Partizipation. Transparenz der Entscheidungen und Prozesse ist umso notwendiger, desto höher die Ebene der Entscheidungen.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft haben im Prozess der Herstellung von Transparenz auf globaler Ebene eine wesentliche Rolle gespielt. Ihre Teilnahme an „Global Governance“ ist so im letzten Jahrzehnt gewachsen. Dank dieses großen Engagements und des damit verbundenen Wissens konnten die NGOs eine wesentliche Rolle bei Weltkonferenzen spielen. Sie haben einen konsultativen Status bei den Vereinten Nationen erreicht. Allerdings darf die Rolle der NGOs auch nicht überschätzt werden. Sie beeinflussen die Entscheidungen auf globaler Ebene durch ihr Wissen und ihr Engagement, aber sie sind nicht selber Träger der Entscheidungen. Barbara Holland-Cunz hat die entsprechenden Probleme aufgezeigt (Holland-Cunz 2001). So sind für die SI demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen die einzigen legitimierten Akteure, um globale Regeln und Standards zu setzen und entsprechende globalpolitische Entscheidungen zu treffen. Nur sie sind rechenschaftspflichtig gegenüber ihrer Wählerschaft. Es ist nicht möglich, diese Verantwortung an private Akteure – seien es NGOs, seien es, noch problematischer, multinationale Unternehmen – zu übertragen.

Die Entwicklung stabiler demokratischer Strukturen war in den vergangenen zwei Jahrhunderten bestimmt von der Entwicklung konkurrierender demokratischer politischer Parteien. Diese Strukturen erlauben es den Bürgern, zwischen politischen Alternativen zu wählen, die unterschiedliche Werte, Theorien und Projekte bündeln. So versteht die SI Parteien als Mittler zwischen der Gesellschaft und den Regierungen. Sie erfüllen die Funktion der politischen Integration. Parteien wurden missbraucht in totalitären und autoritären politischen Systemen, insbesondere durch Kommunismus und Faschismus. Einparteiensysteme sind entstanden, die sich fundamental im Gegensatz befinden zu den Erfordernissen demokratischer Strukturen.

Im demokratischen Europa, und wie die internationalen Parteiengemeinschaften zeigen auch global, hat sich die Alternative zwischen Parteien der demokratischen Linken und der demokratischen Rechten entwickelt. Das politische Prinzip von Rechts und Links gehört so zur demokratischen Grundstruktur, institutio-

nalisiert gültig in den meisten Parlamenten. Die Globalisierung erfordert es, dass die so alternativ strukturierten großen Parteiengemeinschaften ihre Arbeit intensivieren, denn auch auf Weltebene sind alternative politische Grundwerte und Strategien erforderlich. Damit wird es zur Aufgabe, das globale politische System zu parlamentarisieren. Überlegungen zu einer parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen sind an der Zeit. Vorläufer dazu ist die Interparlamentarische Union, die bereits vor über einem Jahrhundert gebildet wurde. Wenn die Parlamentarisierung auf globaler Ebene funktionieren soll, brauchen die großen Parteienfamilien Verbindungen zu den Parteien, die nicht zu ihnen gehören. Das betrifft mit China, Indonesien und Russland etwa ein Drittel der Weltbevölkerung und gleichzeitig zwei der drei Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, die gleichzeitig Atommächte sind.

### Der Aktionsplan für globale Demokratie

Die grundsätzliche Orientierung der SI als globale Organisation, als globale Parteiengemeinschaft bedarf konkreter Aktionen zu ihrer Umsetzung. Sie sind in einem Aktionsplan enthalten, der Teil des Global-Governance-Konzepts ist. Seine 11 Punkte sind:

1. Die weltweite Diskussion des Konzepts mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wissenschaftlern. Erster Schritt war das Global Progressive Forum, das im November 2003 in Brüssel stattfand.
2. Diskussion des Konzepts mit den anderen weltweit organisierten demokratischen Parteiengemeinschaften, also IDU, IL und Global Greens.
3. Vorschläge zur Reform der Vereinten Nationen.
4. Koordinierung der Parlamentarier der SI Mitgliedsparteien in internationalen Parlamentarier-Konferenzen, insbesondere in der Interparlamentarischen Union. Damit wurde im April 2003 in Santiago de Chile begonnen, weitere Zusammenkünfte fanden im Oktober 2003 in Genf und im April 2004 in Mexiko City statt.
5. Regionalisierung des Global-Governance-Konzepts. Dies gilt für Nordamerika, Lateinamerika, Europa, Russland und die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, den Mittleren Osten, Afrika, die Asiatischen Regionen sowie Australien und Neuseeland.
6. Veröffentlichung von SI Positionen zu den Konferenzen, die von der UNO, den internationalen Finanzinstitutionen und den G8 abgehalten werden.
7. Kooperation der SI mit nahestehenden Mitarbeitern der UNO, der internationalen Finanzorganisationen und anderer internationaler Institutionen.

8. Einfluss der SI bei globalpolitischen Fragen auf die Parlamentarier und Regierungsvertreter ihrer Mitgliedsparteien.
9. Koordination der Parlamentarier der SI-Mitgliedsparteien in Regionalkonferenzen, wie zum Beispiel bei der OSZE oder dem Europarat, letzteres in Kooperation mit der SPE.
10. Versuche zur alternativ-demokratischen Strukturierung der internationalen Parlamentarier-Konferenzen.
11. Zusammenarbeit mit Parteien in den USA (vor allem Kooperation mit den Demokraten), in Russland und in China (Beziehungen mit der Kommunistischen Partei Chinas, obwohl diese nicht dem Konzept einer demokratischen Partei entspricht, wie es die SI versteht).

### **Die SI-Councils in Madrid und Johannesburg und Sitzungen der SI-Exekutive**

Für die SI ist es offenkundig einfacher, Konzepte zu formulieren als praktisch organisatorisch tätig zu werden. Das ist nicht neu.

*„Die Grenzen und Möglichkeiten der SI werden nicht nur vom internationalen System [...] bestimmt, sondern hängen auch von der inneren Struktur der SI ab [...]. Als Zusammenschluss selbständiger Mitgliederorganisationen besitzt die SI weder eine zentrale formale Kompetenz zur Durchsetzung selbst gemeinsam erarbeiteter und beschlossener Forderungen gegenüber einzelnen Mitgliederorganisationen, noch kann sie – beziehungsweise ihr [Schwach ausgestattetes; der Verf.] Sekretariat – die größeren Mitgliederorganisationen [...] zu einem bestimmten Verhalten bewegen“.*

Diese Feststellungen Seidelmans aus dem Jahr 1981 gelten weiter (Seidemann 1981). Daran gemessen ist der jetzige SI-Präsident Antonio Guterres mit auffälliger Konsequenz an effektiven Aktionen orientiert. Auf dem ersten Council nach dem XXII. Kongress am 7./8. Februar 2004 (Socialist International 2004) legte der Vorsitzende der italienischen Democratici de Sinistra, Piero Fasino, Organisationsbeschlüsse vor, zu denen er ein Jahr zuvor auf einem Council in Rom beauftragt worden war (Socialist International 2003).

Der wichtigste seiner 15 Vorschläge betrifft die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Exekutivkomitees, das es seit dem XXI. Kongress in Paris 1999 gibt. Es muss sich nicht mehr aus Parteivorsitzenden oder Regierungschefs zusammensetzen, die für diese Aufgabe, wie sich gezeigt hat, offenkundig keine Zeit ha-

ben. Das Exekutivkomitee soll nach Möglichkeit alle zwei Monate tagen. Der Madrider Council berief auf Vorschlag des Präsidenten Antonio Guterres Rolando Araya (Costa Rica), Massimo D'Alema (Italien), George Foulkes (UK), Göran Persson (Schweden), Heidemarie Wieczorek-Zeul (Deutschland) und Nkosazana Clarice Dlamini Zuma (Südafrika) in das Komitee, dazu die Vorsitzenden der Komitees, die Präsidentin der Internationalen Sozialistischer Frauen (SIW) und den Generalsekretär der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY).

Für die Globalpolitik wurden Fassinos Vorschläge entsprechend das Committee on the Economy, Social Cohesion and the Environment sowie das Committee on Peace, Democracy and Human Rights gebildet, mit Christoph Zöpel (Deutschland) und Piero Fassino als Vorsitzenden. Diesen Committees sind Working Groups zur Reform der Vereinten Nationen und zur Reform des Bretton Woods Systems zugeordnet. Regionalkomitees gibt es, wiederum Fassinos Vorschläge entsprechend, für Lateinamerika, Afrika, Asien, den Balkan, Osteuropa und Kaukasus, das Mittelmeer und den Mittleren Osten.

Weitere wesentliche Vorschläge Fassinos zielen auf eine Stärkung des Sekretariats und eine Verbesserung seiner Öffentlichkeitsarbeit. Mit den Vorschlägen zu Stellungnahmen der SI zu globalen Ereignissen, zur Zusammenarbeit mit den US-Demokraten, der Mitwirkung in der IPU und regionalen Parlamentarierkonferenzen nimmt Fassino Anregungen des Aktionsplans auf.

Bis Ende 2004 fanden in Budapest, Athen und Johannesburg drei Sitzungen der neuen Exekutive statt. Der ersten am 14. Mai lag ein gemeinsames Papier des Präsidenten und des Generalsekretärs vor. Die Ergebnisse sind in einem Schreiben des SI-Generalsekretärs festgehalten.

Wesentliche Festlegungen zur Umsetzung des Aktionsplans von Sao Paulo und der Fassino-Vorschläge von Madrid sind: Intensivierung des Dialogs mit zivilegesellschaftlichen Organisationen, ein Aktionsplan zur Koordinierung der SI auf internationalen Parlamentarier-Konferenzen, Beginn der Regionalisierung des Global Governance Konzepts in Lateinamerika und Afrika, Initiativen zur Zusammenarbeit mit Partnern in Russland und Indien - ein Besuch des Präsidenten und einer Delegation bei der KP Chinas war schon im Februar erfolgt -, Verbesserung der Kommunikationsstrategie, Vorbereitung von Zusammenkünften mit Repräsentanten bei internationalen Institutionen.

Die Zusammenarbeit mit den Demokratien in den USA ist nach den Präsidentenwahlen weitergegangen in einem vom Democratic Institute (Präsidentin Madeleine Albright) organisierten Workshop zu den Themen

Nation-Building und Beschäftigungspolitik. Der SI-Vorsitzende Guterres und der SPE-Vorsitzende Rasmussen haben daran teilgenommen. Nach den Parlamentswahlen in Indien erfolgte der Besuch einer SI-Delegation in Indien. Keine Entscheidungen sind getroffen, wie die Beziehungen zum Parteiensystem in Russland zu gestalten sind. Vor der Entscheidung, den XXII. Congress in Sao Paulo durchzuführen, hatte Guterres Moskau in Erwägung gezogen. Der Terroranschlag im Moskauer Musical-Theater und damit der Tschetschenien-Konflikt generell, ließen Abstand nehmen. Neuere Kontakte stehen hinter den Prioritäten Brasilien, Indien, China zurück.

Auch bei den Mitgliedsparteien, so bei der SPD, vergeht zwischen den Parteitag und der personellen Etablierung der jeweils geänderten Strukturen einige Zeit. Das gilt stärker für die SI und die entsprechenden Konsequenzen nach den Kongressen. Inzwischen hat am 16./17. November in Johannesburg der zweite Council nach Sao Paulo stattgefunden. Er beschloss den ersten Halbjahresbericht zu demokratischer Politik für nachhaltige Entwicklung in der Weltgesellschaft. Auf dem Weltsozialforum im Januar 2005 in Porto Alegre hat die SI einen umfassenden Report zur Reform der UNO präsentiert. 2005 müssten auch die Kontakte zu Parteien in den USA, in Russland und China weiter konkretisiert werden. Es kann sich zeigen, ob Gesprächsmöglichkeiten zu IDU, LI und Global Greens entstehen. Weitere Schritte sind vom 3. Council nach Sao Paulo Ende Mai in Israel und Palästina zu erwarten.

Zu Beginn des Jahres 2006 wäre Bilanz zu ziehen. Vielleicht ist dann die Wirklichkeit des globalpolitischen Wirkens von Parteien und ihren globalen Parteiengemeinschaften erkennbar besser als es ihre derzeitige wissenschaftliche Perzeption erkennen lässt.

## Literaturverzeichnis

Benz, Arthur: Postparlamentarische Demokratie und kooperativer Staat, in: Leggewie/ Münch, a.a.O., S. 263 ff.  
Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Globalisierung gestalten, Internationale Konferenz, 17. und 18. Juni 1998, Berlin 1998.  
Guterres, Antonio: Vorwort des Präsidenten der SI, in: Dowe, D./ Scheider, M. (Hg.): Beiheft zu 50 Jahre SI. Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2001.  
Habermas, Jürgen: Der gespaltene Westen, Frankfurt a.M. 2004.  
Held, David: Democracy and the Global Order, Cambridge 1995.  
Höffe, Otfried: Demokratische Perspektiven der Globalisierung, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 6/2001. S. 363. Ausführlich dazu: ders.: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. München 1999.  
Holland-Cunz, Barbara: Perspektiven der Verhandlungsdemokratie - Governance Prozesse aus frauenpolitischer Sicht, in: Leggewie/ Münch, a.a.O., S. 281 ff.  
Leggewie, Claus/ Münch, Richard: Einleitung: Politik in entgrenzten Räumen, in: dies. (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 2001, S. 9.

Müller, Klaus: Globalisierung, Frankfurt/ Main 2002, S. 21-23.  
Osterhammel, Jürgen/ Petersson, Niels P.: Geschichte der Globalisierung, München 2003.

Parliamentary Group of the Party of European Socialists/Party of European Socialists/ Danish Socialdemokratiet: Social Democracy in a Globalised World, Kopenhagen 2002.

Party of European Socialists, Politische Erklärung. Gruppe auf hohem Niveau über die Globalisierung: Europa 2004. Die Zukunft verändern, Brüssel 2004.

Rasmussen, Poul Nyrup: Europa und eine neue globale Ordnung. Ein Bericht für die Sozialdemokratische Partei Europas, Brüssel 2003.

Rensenbrink, John: A Brief History of the Global Green Network, August 2003,

Roth, Reinhold: Politische Parteien und internationale Politik, in: Nohlen, D. (Hg.) Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994, S. 412-415.

Seidelmann, Reimund: Die Abrüstungskonferenz der SI und ihr Beitrag zur militärischen Entspannung, in: Die Neue Gesellschaft 25. Jg. (1978), S. 469-476.

Seidelmann, Reimund: Die SI als Parteienbewegung und politischer Wegbereiter, in: Europa-Archiv, 36. Jg. (1981), S. 659-668.

Socialist International, Council of the Socialist International, Madrid, 7.-8. Februar 2004.

Socialist International, Council of the Socialist International, Rom, 20.-21. Januar 2003

Socialist International, XIX. Congress of the Socialist International, Berlin, 15.-17. September 1992.

Socialist International, XX. Congress of the Socialist International, New York, 9.-11. September 1996, Declaration on the World Economy.

Socialist International, XXI. Congress of the Socialist International, Paris, 8.-10. November 1999, Declaration of Paris.

Socialist International: Declaration of Principles of the Socialist International, Stockholm, Juni 1989.

Socialist International: Governance in a Global Society – The Social Democratic Approach. Equal Opportunities and Participation for Women and Men, Poor and Rich, Developing, Transitional and Developed Countries, in: dies. (Hg.) XXII. Congress of the Socialist International, Sao Paulo, 27-29 Oktober 2003, S. 23-109.

Timmermann, Heinz: Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie. Akzentänderungen im Zeichen des „neuen Denkens“, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, 35. Jg. (1988), S. 1157-1162.

Tudyka, Kurt P.: Auf utopischen Spuren in die Welt des 21. Jahrhunderts: Indizien aus den politikwissenschaftlichen Grundschulen, in: Fues, Thomas/ Hippler, Jochen (Hg.): Globale Politik. Festschrift für Franz Nuscheler, Bonn 2003, S. 378-394.

Zöpel, Christoph: Links und Rechts als demokratische Alternativen globaler Politik, in: Perspektivtrends, 21. Jg. (2004), Heft 1, S. 73-79.

Frankfurter Rundschau vom 19. Juni 1976.

Genfer Kongress der SI: Vorwärts vom 11.11.1976.  
<http://www.liberal-international.org>, 31.3.2004. Liberal Aerogramme, Issue 46, 2003.

<http://www.globalgreens.info/>, 13. + 14.05.2004.

<http://www.idu.org>, 14.05.2004.